

Oppositionsparteien in Baden-Württemberg kritisieren grün-rote Bildungspolitik

von Karl-Jürgen Müller

Am 13. März 2016 wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Rund vier Monate vor diesen Wahlen haben alle Oppositionsparteien, die Aussicht auf einen Einzug in den neuen Landtag haben, ihre Wahlprogramme verabschiedet. Was auffällt: Diese drei Parteien – es sind die CDU (laut INSA-Umfrage vom 9. Oktober 2015 würde sie derzeit 40% der Stimmen erzielen), die FDP (5% der Stimmen) und die Alternative für Deutschland (AfD) (8% der Stimmen) – einigt eine deutliche Kritik an der grün-roten Bildungspolitik der vergangenen viereinhalb Jahre.

Es kann hier offen bleiben, wie ehrlich die Parteistrategen ihre Kritik meinen. Das wird man spätestens dann sehen, wenn diese Parteien Regierungsverantwortung übernehmen sollten. Wichtiger ist, dass diese Kritik der Oppositionsparteien ein Spiegelbild der verbreiteten Ablehnung grün-roter Bildungspolitik in der Bürgerschaft ist. Und dass es das Recht und die Pflicht aller Bürger ist, die jetzigen Oppositionsparteien für ihre Aussagen in die Pflicht zu nehmen.

Kern der Kritik aller drei Oppositionsparteien ist, dass die grün-rote Regierung ein bewährtes und erfolgreiches Schulsystem ohne Not aus den Angeln hebeln will. An dessen Stelle soll ein ideologisch motiviertes, hochgradig fragwürdiges und nur Einzelinteressen dienendes neues System installiert werden.

In dessen Mittelpunkt stehen das Projekt «Gemeinschaftsschule» und deren Lehr- und Lernmethoden («neue Lernkultur»): Auflösung des in Baden-Württemberg bislang bewährten differenzierten Schulsystems, stattdessen «Einheitsschule» für alle Schüler, Beschneidung der Lehrerrolle auf die eines nur noch «beratenden» Lernbegleiters, Auflösung des gemeinsamen Lernens in einer Klassengemeinschaft, starke Durchmischung der Lerngruppen («Heterogenität» gemäß der Propagandaformel «Vielfalt macht schlauer!»), Zwang zum vereinzelnden Lernen mit Arbeitsblättern und Computerprogrammen («selbstgesteuertes Lernen»), keine Noten und keine Möglichkeit mehr, eine Klassenstufe zu wiederholen usw. usw.

Die erste bildungspolitische Entscheidung der grün-roten Landesregierung war die Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung. Bis dahin hatten die Lehrer der Grundschule für jeden ihrer Schüler eine Empfehlung ausgesprochen, welche weiterführende Schule die geeignete sei. Ziel war, jedem Schüler eine Schulart zu empfehlen, die ihm am meisten entspricht. Diese Empfehlung war verbindlich und hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Die grün-roten Bildungspolitiker aber sahen hierin ein «Selektionsinstrument» wie in einer mittelalterlichen «Ständegesellschaft». Politisches Ziel der grün-roten Bildungspolitik war, mehr Leistungsunterschiede in den Klassen aller(!) Schularten (mehr Heterogenität) zu erzwingen und damit die Auflösung des differenzierten Schulsystems zugunsten einer Einheitsschule. Folgerichtig war der nächste grün-rote bildungspolitische Schritt die Einführung der Gemeinschaftsschule, die langfristig alle anderen allgemeinbildenden Schularten verdrängen sollte.

Was schreiben die baden-württembergischen Oppositionsparteien dazu?

CDU: Grün-rote Regierung hat Axt an erfolgreiches Schulsystem gelegt

In ihrem Wahlprogramm findet die CDU, dass die grün-rote Regierung durch eine «ideologisch geprägte, völlig übereilte und nicht durchdachte Einführung der Gemeinschaftsschule sowie die überhastete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung [...] die Axt an unser erfolgreiches differenziertes Schulsystem gelegt» hat. Seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung seien «in nur vier Jahren die Übergangszahlen von der Grundschule auf

die Haupt- und Werkrealschulen von 25 Prozent auf gerade noch sieben Prozent eingebrochen. Gleichzeitig sind die Wiederholerzahlen in Realschulen und Gymnasien deutlich gestiegen».

Betroffen sind aber nicht nur die Wiederholer in einer Klasse: «Lehrerinnen und Lehrer stellen mehr und mehr fest, dass viele Schülerinnen und Schüler dem Unterricht nicht folgen können und in einer ganz wichtigen Entwicklungsphase unnötigen und gesundheitsgefährdenden Stress erleben. Dabei ist neben ihrem eigenen zugleich der Lernerfolg der ganzen Klasse gefährdet.»

Das Ergebnis: «Verlierer des von Grün-Rot begonnenen Radikalumbaus sind in erster Linie unsere Kinder [...]».

Die CDU kritisiert auch, dass die anderen Schularten die Lehr- und Lernmethoden der umstrittenen Gemeinschaftsschulen übernehmen sollen: «Grün-Rot will, dass auch die Realschulen und die Förderschulen in den von ihnen favorisierten und deutlich privilegierten Gemeinschaftsschulen untergehen. Die pädagogischen Konzepte von Grün-Rot zur Weiterentwicklung der Schularten belegen das eindeutig.»

«Die Gemeinschaftsschule ist gescheitert»

Diese Gemeinschaftsschulen werden deutlich kritisiert: «Wir halten die grün-rote Ideologie hin zur Gemeinschaftsschule für falsch. [...] Obwohl die grün-rote Landesregierung ihr Prestigeobjekt der Gemeinschaftsschulen einseitig mit Lehrerressourcen begünstigt, werden die Lernziele nicht erreicht. Das pädagogische Konzept greift trotz üppiger Ressourcenausstattung und zahlreicher Überstunden der Lehrerinnen und Lehrer nicht. Es schadet der Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Viele Kommunen, die sich für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen haben, haben dies nicht aus Überzeugung getan, sondern um den Schulstandort zu erhalten.»

Ein Abschnitt im Wahlprogramm der CDU hat sogar die Überschrift: «Die Gemeinschaftsschule ist gescheitert». Dort heißt es: «Eine Schule, in der alle Kinder vom Sonderschüler bis zum Hochbegabten in einer Gruppe unterrichtet werden, in der Lehrer nur noch Lernbegleiter sind, eine Schule ohne Noten und ohne «Sitzenbleiben» ist völlig überfrachtet und schnell überfordert. Wir werden keine neuen Gemeinschaftsschulen einrichten, aber auch die bestehenden 271 Gemeinschaftsschulen nicht schließen. Wir wollen diesen Gemeinschaftsschulen anbieten, sich weiterzuentwickeln und mit leistungsdifferenzierten Bildungsgängen zu arbeiten. Die finanzielle Überprivilegierung der Gemeinschaftsschule werden wir zurückführen.»

Die CDU will die bestehenden Gemeinschaftsschulen neu gestalten. Es soll wieder «Klassen mit ähnlich leistungsstarken Schülerinnen und Schülern» geben. Sie will «die Leistungen wieder mit Noten bewerten» und «den Schülern eine Chance geben, die Klasse zu wiederholen». Der wiederrechtliche Eingriff der grün-roten Bildungspolitik in die pädagogische Freiheit des Lehrers soll ein Ende haben. Die CDU fordert «Freiheit im pädagogischen Konzept».

FDP: Bildungssystem wurde durch grün-rote Landesregierung in erhebliche Unruhe versetzt

Auch die FDP betont die Bedeutung einer guten Bildung und kritisiert den grün-roten Angriff darauf: «Unser Wohlstand, aber auch die Lebenschancen eines jeden Einzelnen hängen entscheidend von der Qualität unserer Bildung ab. Dieses Bildungssystem ist in den vergangenen Jahren durch die grün-rote Landesregierung in erhebliche Unruhe versetzt worden.» Die bisherige «finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschule» soll beendet werden.

Wie die CDU kritisiert auch die FDP die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung: «Die überstürzte und unvorbereitete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat nicht nur die Not der Kommunen hinsichtlich der Existenz ihres Haupt-/Werkrealschulstandorts erheblich verschärft, sondern dürfte auch für den starken Anstieg der Sitzenbleiberquoten an Gymnasien und Realschulen verantwortlich sein.»

«Zukunft der Realschule bedroht»

Großen Wert legt die FDP auf den Erhalt der Realschulen in Baden-Württemberg. Von der grün-roten Landesregierung soll diese bewährte Schulart ohne Not in «Gemeinschaftsschulen light» umgewandelt werden. Die FDP hält dagegen: «Die zielstrebige und leistungsfördernde Pädagogik sowie das anspruchsvolle Niveau ihres Unterrichts begründen den beeindruckenden Erfolg der Realschule. Die Wirtschaftsbetriebe in Baden-Württemberg schließen gerne einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag mit Realschulabsolventen ab, denn der Realschulabschluss bürgt für Qualität. Auf diese Weise eröffnet die Realschule zahlreichen jungen Menschen echte Lebens- und Berufsperspektiven. Die Realschule ist zugleich die Schule des Bildungsaufstiegs. Ihr ist es zu verdanken, dass der Grundsatz «Kein Abschluss ohne Anschluss» gelebte Wirklichkeit im baden-württembergischen Schulwesen ist. Die Realschule hat einen entscheidenden Anteil daran, dass rund die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg über die beruflichen Schulen erworben werden. [...] In einem zweisäuligen Schulsystem, das nur noch Gemeinschaftsschule und Gymnasium kennt, wäre die Zukunft der Realschule bedroht. Wir Freie Demokraten lehnen nicht nur die Zwei-Säulen-Strukturvorgabe entschieden ab, sondern kämpfen auch dafür, dass die Realschulen bestehen bleiben und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können, ohne zur Übernahme der Pädagogik der Gemeinschaftsschule gezwungen zu sein.»

AfD: «Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff «Kompetenz» lehnen wir ab»

Die Alternative für Deutschland (AfD) setzt bei ihrer Kritik an der grün-roten Bildungspolitik noch grundsätzlicher an und bezieht auch die Jahre vor der grün-roten Regierung mit ein. Im Wahlprogramm heißt es dazu: «Die AfD beobachtet mit Sorge eine Erosion des Leistungsprinzips, die zum Verlust der Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen führt. Durch die Bildungsreformen der letzten Jahre ist es zu einer Unsicherheit über die Ziele der Schulbildung bei Eltern, Lehrern und Schülerschaft gekommen. Um Bildung zukunftsfähig zu gestalten, ist es unumgänglich, den anhaltenden Verfall unseres Bildungssystems zu stoppen.»

Deshalb fordert die AfD «ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem mit klaren Profilen und mit klaren Lernzielen», eine «Beendigung des Experimentes «Neue Lernkultur» [das sind die neuen Lehr- und Lernmethoden der Gemeinschaftsschulen, die nun allen Schularten aufgezwungen werden]», eine «Wissensvermittlung und Leistungsorientierung ohne Gesinnungsindoktrination», «klassengeführten Unterricht» und «eine ideologiefreie Pädagogik». Stärker noch als CDU und FDP knüpft die AfD an den Konzepten Wilhelm von Humboldts an: «Wir können selbstbewusst auf eine einzigartige Bildungstradition in Deutschland verweisen und müssen Bildungsmoden nicht hinterherlaufen. Stattdessen müssen wir uns wieder auf unsere Grundsätze besinnen, die uns zu einer führenden Wissenschaftsnation gemacht haben.» Daraus resultiert die Forderung der AfD: «Wir fordern eine Bildungspolitik, die sich am Bildungsideal der deutschen Geistesgeschichte orientiert. Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff «Kompetenz» mit der Zielsetzung einer rein wirtschaftlichen Verwertbarkeit («Employability») lehnen wir ab.» Auch deshalb fordert die AfD «eine sofortige Zurücknahme des grün-roten Bildungsplanes. Schule ist ein Lern- und Leistungsort. Die ideologische Indoktrination des grün-roten Bildungsplanes ist sofort zu beenden.» Die Partei fügt erläuternd hinzu: «Wir sind gegen den Ansatz des grün-roten Bildungsplanes, bei dem ideologische Indoktrination einen höheren Stellenwert gewinnt als Leistung und Lernen. Moralische Qualitäten können sich nur durch eine gesunde Entwicklung der Persönlichkeit und durch Vorbilder entfalten. Sexualkundeunterricht sollte altersgerecht erfolgen, der Frühsexualisierung ist gegenzusteuern.»

Auch die AfD übt deutliche Kritik an den neuen Gemeinschaftsschulen: «Wir sind gegen den ideologischen Ansatz der Gleichmacherei, wie er in der Gemeinschaftsschule Programm geworden ist. Es wird weder Neugründungen geben noch zwangsweise Umstellung von Realschulen zu Gemeinschaftsschulen. Es ist sicherzustellen, dass die herkömmlichen Schulformen, insbesondere Realschule und Gymnasium, auch in ländlichen Gebieten in erreichbarer Entfernung vorhanden sind.»

Schließlich: Auch der grün-roten Politik einer gezielten Durchmischung in den Klassen aller Schularten erteilt die AfD eine Absage: «Die verbindliche Grundschulempfehlung ist wieder einzuführen. Dies bedeutet keine Festlegung der Schüler auf einen weiteren Lebensweg. Der Übergang von einer Schulform zur anderen ist bei entsprechender Leistung möglich.»

Dieses «Durchregieren» muss beendet werden

Wie gesagt: Wer in Baden-Württemberg herumkommt und mit seinen Mitbürgern spricht, der weiß, dass die Kritikpunkte, die die Oppositionsparteien aufgegriffen haben, die Kritikpunkte der Bürger sind. In allen lokalen Bürgerentscheiden zur Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung in den vergangenen viereinhalb Jahren hat sich dies gezeigt. So bleibt die ernste Frage, warum auch die Landesregierung von Baden-Württemberg bewusst am Volk vorbei regiert.

Der grün-rote Politikstil im Bundesland Baden-Württemberg ähnelt doch sehr dem Durchregieren der deutschen Bundesregierung. Wo man hinschaut, der Wille der Bürger wird übergangen. Die Folge davon ist, daß der Unmut der Bürger wächst. Wo das hinführen kann, ist zu erahnen. Dieses «Durchregieren» muss beendet werden. Auch in der Bildungspolitik braucht es den ehrlichen Dialog, den gleichwertigen Dialog aller Bürger – und mehr als Bürger sind auch die Politiker nicht.